

Fragen

für die Fragestunde der 46. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 6. Juli 2022

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	25, 31	Kaufmann, Michael, Dr. (AfD)	4
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40, 42	König, Anne (CDU/CSU)	1
Brandner, Stephan (AfD)	2, 3	Lay, Caren (DIE LINKE.)	41
Bünger, Clara (DIE LINKE.)	14, 28	Luczak, Jan-Marco, Dr. (CDU/CSU)	7, 8
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	21, 35	Müller, Sepp (CDU/CSU)	11
Gebhart, Thomas, Dr. (CDU/CSU)	15	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	9, 10
Görke, Christian (DIE LINKE.)	22, 37	Pilsinger, Stephan (CDU/CSU)	32
Gramling, Fabian (CDU/CSU)	16, 17	Plum, Martin, Dr. (CDU/CSU)	29, 36
Gürpınar, Ates (DIE LINKE.)	38, 39	Renner, Martina (DIE LINKE.)	23, 34
Heil, Mechthild (CDU/CSU)	5, 6	Schenderlein, Christiane, Dr. (CDU/CSU)	12, 13
Helfrich, Mark (CDU/CSU)	18	Seitz, Thomas (AfD)	30
Huber, Johannes (fraktionslos)	24	Spahn, Jens (CDU/CSU)	19, 20
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	26, 27	Springer, René (AfD)	33

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen.....	3
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes.....	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz.....	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat ..	9
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts.....	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.....	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung.....	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr ...	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz.....	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.....	15

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen**

1. Abgeordnete
Anne König
(CDU/CSU)

Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung unter der Federführung der Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, um die Baubranche in ihrer aktuellen massiven Krise zu unterstützen, die nach einer Umfrage des Hauptverbandes der Bauindustrie (www.bauindustrie.de/pm/imagestudie-2022; 17. Mai 2022) durch flächendeckende Verzögerungen von Bauprojekten und nach einer Umfrage des Bundesverbandes deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (www.gdw.de/pressecenter/pressemeldungen/viele-wohnungsbau-und-klimaschutzprojekte-voor-dem-aus/; 9. Mai 2022) durch eine Aufgabe oder zumindest zeitliche Verzögerungen von Neubauprojekten sowie von klima- und altersgerechten Umbauten gekennzeichnet ist?
2. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)

Wie wird sich nach Einschätzung der Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen der Wohnbedarf hierzulande in den nächsten fünf Jahren entwickeln, und was sind die Hauptfaktoren für diese Entwicklung?
3. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)

Welche konkreten Fortschritte konnte die Bundesregierung bislang bei der Realisierung des von ihr sich selbst gesetzten Zieles, jedes Jahr 400.000 neue Wohnungen zu errichten, erreichen (www.bundesregierung.de/breg-de/suche/wohnungsbau-bundesregierung-2006224)?
4. Abgeordneter
Dr. Michael Kaufmann
(AfD)

Wie gedenkt die Bundesregierung, das im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP festgelegte Ziel von bundesweit 400.000 neuen Wohnungen im Jahr 2022 noch zu erreichen, wenn gemäß einer im April 2022 veröffentlichten Umfrage des Hauptverbandes der deutschen Bauindustrie 90 Prozent der Unternehmen über Preissteigerungen und 80 Prozent über Lieferengpässe klagen (www.bauindustrie.de/pm/mueller-wir-stellen-uns-auf-kurzarbeit-ein), bzw. ist die Bundesregierung von diesem Ziel inzwischen abgerückt?

5. Abgeordnete
Mechthild Heil
(CDU/CSU)
- Welche konkreten, kurzfristigen politischen Maßnahmen plant die Bundesregierung, bis zum Herbst dieses Jahres umzusetzen, um ihr in den letzten Wochen immer wieder bekräftigtes Ziel, das jährlich 400.000 neue Wohnungen geschaffen werden, darunter 100.000 Sozialwohnungen (siehe dazu z. B. die Antwort auf meine Mündliche Frage 14 der Fragestunde vom 22. Juni 2022, Plenarprotokoll 20/43), auch in den Jahren 2022 und 2023 zu erreichen, in denen das nach Einschätzung vieler Marktteilnehmer ohne sofortige Maßnahmen sehr schwierig werden wird (siehe z. B.: www.gdw.de/pressecenter/pressestatements/baufertigstellungen-zahlen-aus-2021-sind-vorboten-ein-es-dramatischen-einbruchs-beim-wohnungsbau/)?
6. Abgeordnete
Mechthild Heil
(CDU/CSU)
- Welche konkreten, kurzfristigen politischen Maßnahmen plant die Bundesregierung, bis zum Herbst dieses Jahres umzusetzen, um insbesondere die durchschnittliche Baudauer bei Mehrfamilienhäusern zu reduzieren, die die Bundesregierung als einen wesentlichen Grund für den aktuell sehr hohen Bauüberhang ausgemacht hat (siehe dazu die Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 15, Plenarprotokoll 20/43), dessen Reduktion zur Erreichung des Ziels der Bundesregierung, das jährlich 400.000 neue Wohnungen geschaffen werden, in den nächsten Jahren beitragen soll (siehe z. B.: www.baulinks.de/webplogin/2022/0771.php4)?
7. Abgeordneter
Dr. Jan-Marco Luczak
(CDU/CSU)
- Welche Gründe hat die Bundesregierung, zwar ein eigenständiges Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen einzurichten, diesem Bundesministerium aber Zuständigkeiten im Rahmen der Reform Bundesbau zu entziehen und der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben zu übertragen, und sieht die Bundesregierung bei der Kompetenzübertragung noch Nachbesserungsbedarf (wenn ja, welchen, und wenn nein, warum nicht)?
8. Abgeordneter
Dr. Jan-Marco Luczak
(CDU/CSU)
- Was versteht das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen konkret unter einem „angemessenen Verhältnis“ zwischen Nutzen des KfW-Förderprogramms Effizienzhaus-Stufe 40 Nachhaltigkeit und den aufgewandten Mitteln des QNG-Siegels (s. Antwort auf meine Mündliche Frage 13 am 22. Juni 2022, Plenarprotokoll 20/43), und welche Zusagen wurden im Förderprogramm bereits erteilt (bitte nach Antragszahlen und Anzahl der Wohneinheiten je Antrag aufschlüsseln)?

9. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
- Kann die Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen ausschließen, dass im Zuge von sich weiter akutisierenden möglichen Gasengpässen infolge des Ukraine-Krieges gesetzlich verordnete Maßnahmen zum Energiesparen forciert werden, welche auf die Senkung der Mindesttemperatur in Wohnungen gerichtet sind (vgl. www.rnd.de/politik/klara-geywitz-gesetzlich-verordnetes-frieren-unsinnig-KPEQ454KCBMLZB2ZKJNY2PACJA.html, zuletzt abgerufen am 22. Juni 2022)?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

10. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
- Zu welchem Zeitpunkt erlangte die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien Kenntnis von der Ausstellung des aus meiner Sicht klar antisemitischen Werks des sogenannten Künstlerkollektivs Taring Padi auf der diesjährigen Documenta, und hat die Bundesregierung Maßnahmen ergriffen, und wenn ja, welche, um darauf hinzuwirken, dass der Zentralrat der Juden in Deutschland in die Organisation der Veranstaltung eingebunden wird (Der Tagesspiegel vom 22. Juni 2022 – www.tagesspiegel.de/kultur/unter-piffen-buhrufen-und-beifall-umstrittenes-documenta-werk-ist-abgebaut/28439156.html, zuletzt abgerufen am 22. Juni 2022)?
11. Abgeordneter
Sepp Müller
(CDU/CSU)
- Bis wann genau will der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland die von ihm angekündigte einmalige Sonderzahlung für bestimmte Gruppen von Rentnern aus der ehemaligen DDR „durchsetzen“ (vgl. www.superillu.de/magazin/politik/deutschland/spd/neuer-ostbeauftragter-carsten-schneider-ostrentner-werden-gerecht-behandelt-1796), und wie viele Finanzmittel wird die Bundesregierung zur Verfügung stellen (bitte nach Betroffenenengruppen aufschlüsseln)?
12. Abgeordnete
Dr. Christiane Schenderlein
(CDU/CSU)
- Wann tritt das im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP angekündigte „Plenum Kultur“ zur Vernetzung von Politik, Verbänden und Zivilgesellschaft erstmals zusammen, und wird auch das Parlament in diesen Austausch eingebunden?

13. Abgeordnete
Dr. Christiane Schenderlein
(CDU/CSU)
- Wie gedenkt die Bundesregierung konkret, das im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vereinbarte Vorhaben umzusetzen, das Gedenkstättenkonzept des Bundes zu aktualisieren, und hält sie an der bisherigen Systematik fest, dass es dabei ausschließlich um die Förderung von authentischen Erinnerungsorten geht?
14. Abgeordnete
Clara Bünger
(DIE LINKE.)
- Wird der Bundeskanzler Olaf Scholz angesichts der Berichte über die Instrumentalisierung von Geflüchteten für illegale Zurückweisungen von Schutzsuchenden an der griechisch-türkischen Grenze (vgl. z. B. [spiegel.de](https://www.spiegel.de) vom 28. Juni 2022: „Griechische Polizei setzt Flüchtlinge gegen Flüchtlinge ein“) dem griechischen Ministerpräsidenten Kyriakos Mitsotakis mitteilen, dass solche Zurückweisungspraktiken inakzeptabel sind und sofort beendet werden müssen (wenn nein, bitte begründen), und wird er Bundesministerin des Innern und für Heimat Nancy Faeser im Rahmen seiner Richtlinienkompetenz ggf. anweisen, sich auf EU-Ebene für einen wirksamen Monitoring-Mechanismus zur Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen und weiteren Leids an den EU-Außengrenzen einzusetzen, vor dem Hintergrund, dass die mit den Stimmen Deutschlands am 22. Juni 2022 beschlossene allgemeine Ausrichtung zur geplanten Screening-Verordnung dies nach meiner Auffassung nicht gewährleistet, weil demnach lediglich ein Monitoring durch die Mitgliedstaaten selbst und nur in Bezug auf die kurze Dauer des Screening-Verfahrens vorgesehen ist und auch Pro Asyl in einer Presseerklärung vom 28. Juni 2022 warnte, dass nicht die Selbstkontrolle des griechischen Staates vertraut werden könne (bitte begründen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz

15. Abgeordneter
Dr. Thomas Gebhart
(CDU/CSU)
- Wann legt die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag einen Ausstiegsfahrplan für russische Öl- und Gasimporte vor?

16. Abgeordneter
Fabian Gramling
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung die aktuelle Versorgungssituation mit Steinkohle im Hinblick auf den Mehrbedarf durch die Regelungen des geplanten Ersatzkraftwerkebereithaltungsgesetzes und vor dem Hintergrund der notwendigen Umstellung der Steinkohleimporte aus Russland auf Lieferungen aus anderen Ländern?
17. Abgeordneter
Fabian Gramling
(CDU/CSU)
- Welche Auswirkungen hat aus Sicht der Bundesregierung die neue geo- und sicherheitspolitische Lage aufgrund des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine auf die Rohstoffsicherheit Deutschlands?
18. Abgeordneter
Mark Helfrich
(CDU/CSU)
- Inwiefern ist das Nein vom Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Dr. Robert Habeck zu einer Laufzeitverlängerung (AFP-Meldung „SPD und Grüne bekräftigen Nein zu Festhalten an Atomkraft – Lindner pocht auf mögliche Laufzeitverlängerung“ vom 21. Juni 2022) der drei verbleibenden Kernkraftwerke mit der Aussage vom Bundesminister der Finanzen Christian Lindner in Einklang zu bringen, dass es „nicht um einen Winter [geht], den wir überbrücken müssen, sondern um drei bis fünf Jahre der Sicherung unserer Energieversorgung und der Knappheit beim Gas. Noch so viele LNG-Terminals, selbst, wenn sie schnell gebaut würden, werden diese Knappheit nicht beseitigen. Deshalb bin ich für eine offene unideologische Debatte darüber, ob wir Übergangsweise auch die Nuklearkapazitäten in unserem Land erhalten.“ (Rede vom Bundesminister der Finanzen Christian Lindner auf dem Tag der Deutschen Industrie am 21. Juni 2022), was nach meiner Auffassung im Ergebnis nichts anderes bedeutet, als dass die von der FDP getragene Bundesregierung den Plan des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz, russisches Erdgas durch LNG zu kompensieren, für unzureichend hält?
19. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU)
- Treffen die Berichte, nach denen es zu Verzögerungen bei der Inbetriebnahme bei schwimmenden LNG-Terminals kommt (vgl. hierzu www.tagesschau.de/wirtschaft/lng-terminals-fluessiggas-101.html), zu, und wann ist aus Sicht der Bundesregierung mit der Inbetriebnahme des ersten schwimmenden LNG-Terminals in Deutschland zu rechnen?

20. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang werden vor dem Hintergrund der Beteiligung des chinesischen Unternehmens „Global Energy Interconnection Research Institute“ (GEIRI) an der Netzanbindung von Offshore-Windenergieanlagen (vgl. <https://tennet.eu/de/tiny-url-storage/news/tennet-vergibt-land-und-seestati-on-im-netzanbindungsprojekt-borwin6-an-internat-ionales-konsortium/>) nach Kenntnis der Bundesregierung im deutschen Stromnetz Hardware- und Software-Produkte bzw. -Komponenten von chinesischen Herstellern eingesetzt, und welche Sicherheitsrisiken bzw. Regelungsnotwendigkeiten sieht die Bundesregierung in diesem Zusammenhang?
21. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit ist die Entscheidung der G7-Staaten, Investitionen in fossile Energien wie die Exploration neuer Gasfelder zu unterstützen (dpa vom 28. Juni 2022), nach Auffassung der Bundesregierung mit dem 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens und der von der Bundesregierung im Rahmen der Weltklimakonferenz in Glasgow im Jahr 2021 getroffenen Zusage, „die direkte öffentliche Unterstützung für den internationalen Energiesektor mit unverminderter Nutzung fossiler Brennstoffe ein[zu]stellen“ (www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/klimakrise-was-der-beschluss-de-r-g7-zur-gas-foerderung-fuer-die-klimaziele-bedeutet-a-502c5231-b5c0-4964-8819-872e48b4ea4f) vereinbar, und inwieweit erfüllen die EU-Wirtschafts- und Finanzsanktionen gegen Russland nach Auffassung der Bundesregierung bisher das Ziel, Russland zu „ruinieren“, wie die Bundesministerin des Auswärtigen Annalena Baerbock erklärte (dpa vom 25. Februar 2022), vor dem Hintergrund, dass Russland laut einer Studie des finnischen Forschungszentrums Centre for Research on Energy and Clean Air (CREA) auch im Mai 2022 trotz eines Lieferrückgangs aufgrund der durch die Sanktionen gestiegenen Energiepreise Einnahmen aus Energieexporten auf Rekordniveau zu verzeichnen hatte (www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/china-wird-russlands-energie-abnehmer-nr-1-indien-steigert-oelimporte-um-das-30-fache-li.238207)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

22. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.)
- Sind die Medienberichte zutreffend, wonach der Bundesminister der Finanzen, Christian Lindner, im Zuge einer etwaigen Entschuldung der Kommunen bereit wäre, die Hälfte der Kosten durch den Bund zu übernehmen, sofern die Kommunen sich zu einer kommunalen Schuldenbremse verpflichten, und wenn ja, wurden im Bundesministerium der Finanzen bereits Personalstunden für die Erarbeitung eines Konzeptes für eine etwaige kommunale Schuldenbremse aufgewendet (www.waz.de/politik/deutschland-schulden-lindner-kommunen-zinsen-id235275879.html)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat

23. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob seit dem 24. Februar 2022 Schusswaffen, Waffenteile, Munition oder Sprengmittel im Rahmen polizeilicher Kontrollen in der Europäischen Union aufgefunden wurden, bei denen Anhaltspunkte oder Indizien einen Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg vermuten lassen („Lage wie auf dem Balkan drohe: Europol sorgt sich um in die Ukraine gelieferte Waffen“, www.n-tv.de), und an welchen Maßnahmen beteiligt sich die Bundesregierung, um Waffenschmuggel aus der Ukraine in die EU zu verhindern?
24. Abgeordneter
Johannes Huber
(fraktionslos)
- Wie ist der derzeitige Stand der Auswertung (Bundestagsdrucksache 19/30285, Antwort zu Frage 22) des „Privacy International“-Urteils (Urteil der Großen Kammer vom 25. Mai 2021, ECHR 165(2021), Applications nos. 58170/13, 62322/14 und 24960/15, Big Brother Watch and others v. United Kingdom) hinsichtlich des gesetzgeberischen Reformbedarfs, und inwiefern konnte die Bundesregierung mittlerweile einen konkreten, gesetzgeberischen Handlungsbedarf erkennen, respektive die Umsetzung (www.tagesschau.de/investigativ/wdr/geheimdienste-ampel-kontrolle-101.html) desselbigen vorantreiben?

25. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- In welcher Form werden Daten zu Mitgliedern kurdischer Vereine, die beim Bundesamt für Verfassungsschutz bzw. beim Bundeskriminalamt durch regelmäßige Übermittlung des Bundesverwaltungsamtes eingehen, von diesen Behörden verarbeitet, und welche Maßnahmen möchte die Bundesregierung jetzt im Hinblick auf Risiken bei Türkei-Reisen (www.tagesspiegel.de/politik/reise-n-mit-risiko-die-tuerkei-haelt-mehr-als-100-deutsche-fest/28412986.html) von Mitgliedern kurdischer Vereine in Deutschland ggf. ergreifen, deren Informationen durch Weitergabe des Bundesamtes für Verfassungsschutz an einen ausländischen Nachrichtendienst gelangt sein könnten (vgl. Antworten der Bundesregierung zu den Fragen 6, 7 und 11 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 20/1565), etwa eine Warnung der betroffenen Personen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

26. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Ist nach Einschätzung der Bundesregierung eine Beteiligung der Türkei an PESCO-Projekten, beispielsweise am Projekt für militärische Mobilität, unter anderem deshalb weiterhin ausgeschlossen, da die Türkei die allgemeinen Bedingungen aus Artikel 3 im Ratsbeschluss (GASP) 2020/1639 vom 5. November 2020, wie beispielsweise die in Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) verankerten Werte, die Grundsätze aus Artikel 21 Absatz 1 EUV sowie die gutnachbarschaftlichen Beziehungen zu den Mitgliedstaaten, nicht erfüllt?
27. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche Vertreterinnen und Vertreter des deutschen Bundeskabinetts haben seit dem Beginn des Angriffs Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 den außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter der Ukraine in Deutschland, Andrij Melnyk, getroffen (bitte nach Daten aufschlüsseln), und wie haben die Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung auf seine immer wieder geäußerten Aussagen zum ukrainischen Nazi-Kollaborateur und Antisemiten Stepan Bandera im Interview am 29. Juni 2022 mit Tilo Jung (siehe www.youtube.com/watch?v=JVEGR7apzoI) bisher reagiert?

28. Abgeordnete
Clara Bünger
(DIE LINKE.)
- Wie viele Visa nach § 22 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) wurden seit März 2022 in der Russischen Föderation bzw. auch in Drittstaaten an russische Staatsangehörige ausgestellt (bitte nach Monaten sowie zwischen Kernpersonen und Familienangehörigen differenzieren), und aus welchem Grund wird die Vergabe von Visa nach § 22 AufenthG an Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten, Oppositionelle und Vertreterinnen und Vertreter von Nichtregierungsorganisationen, die sich gegen den Krieg gestellt haben, an das Vorhandensein eines Deutschlandbezugs geknüpft (www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.russischer-angriffskrieg-russen-koennen-auf-raschere-aufnahme-in-deutschland-hoffen.34123c9e-dccf-44bc-9ec4-745d98c10734.html) vor dem Hintergrund, dass dies nach meiner Kenntnis zur Folge hat, dass es nach Bekanntwerden der Einigung zwischen dem Bundesministerium des Innern und für Heimat und dem Auswärtigen Amt zur schnelleren Aufnahme russischer Oppositioneller (vgl. ebd.) zu einer Reihe von Ablehnungen von Visumanträgen kam, weil die Betroffenen keinen solchen Deutschlandbezug nachweisen konnten, wie mir Geflüchtete aus Russland berichteten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

29. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Welche grundsätzlichen Fragen werfen die wachsende Bedeutung von Legal-Tech-Angeboten und die zunehmende Digitalisierung der Justiz im Bereich des Gebührenrechts nach Einschätzung des Bundesministeriums der Justiz im Einzelnen auf, und durch welche gesetzgeberischen Maßnahmen beabsichtigt das Bundesministerium der Justiz, diese Fragen zu beantworten (vgl. LTO Legal Tribune Online vom 16. Juni 2022, www.lto.de/recht/juristen/b/massenverfahren-justiz-anwaltschaft-gebuehren-partievortrag-vorabentscheidung-zpo-da-v-drb-bmj/)?
30. Abgeordneter
Thomas Seitz
(AfD)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis von einer Praxis von PayPal zur Sperrung von Konten politischer Internetblogger und Journalisten, und welche Schlüsse für ihr eigenes Handeln zieht sie daraus unter dem Gesichtspunkt einer nach meiner Ansicht möglichen Einschränkung der Pressefreiheit, vgl. hierzu die Sperrung des Kontos des bekannten Internetbloggers Boris Reitschuster durch PayPal?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

31. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Welche Auskünfte kann die Bundesregierung zu dem Umstand geben, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die Zulassungsvoraussetzungen für Lehrkräfte, die in Integrations- und Berufssprachkursen Deutsch unterrichten, nach Presseberichten offenbar je nach Bedarf ändert und dies im Herbst 2020 sogar rückwirkend tat, indem bis dahin unbefristete Zulassungen als Lehrkräfte für Berufssprachkurse befristet wurden (vgl. www.migazin.de/2022/06/28/sprachhintergr-und-mit-berufen-spielt-man-nicht/) und eine langfristige berufliche Perspektive für diesen Beruf somit nach meiner Auffassung ausgeschlossen wird, und soll an dieser Praxis weiterhin festgehalten werden?
32. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Wie weit sind die Planungen der Bundesregierung zur staatlichen Bezuschussung von Kosten für Haushaltshilfen von Familien, Alleinerziehenden und pflegenden Angehörigen, die durch die Einführung eines Gutschein-Systems an die Bürger weitergegeben werden soll, und wann genau kann diese Bezuschussung beantragt werden?
33. Abgeordneter
René Springer
(AfD)
- Wie hoch ist aktuell die Zahl der Arbeitslosen sowie Arbeitssuchenden in der Wirtschaftsabteilung 51 (Luftfahrt), Wirtschaftsgruppe 511 (Personenbeförderung in der Luftfahrt), Wirtschaftsgruppe 512 (Güterbeförderung in der Luftfahrt und Raumtransport), Wirtschaftsklasse 5223 (Einbringung von sonstigen Dienstleistungen für die Luftfahrt) sowie Wirtschaftsklasse 5224 (Frachturnschlag; bitte jeweils nach deutscher und ausländischer Staatsangehörigkeit differenziert ausweisen), und wie hoch ist aktuell die Zahl der Kurzarbeiter in der Wirtschaftsabteilung 51 (Luftfahrt)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

34. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wie viele Mitglieder des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V. und wie viele aktive Soldaten seit dem 24. Februar 2022 in die Ukraine ausgereist sind oder Ausreiseabsichten bekundet haben („Anfragen wegen Ukraine-Krieg: Reservistenverband der Bundeswehr warnt Soldaten vor Kampf in der Ukraine“, www.rbb24.de)?
35. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung vor dem Hintergrund ihrer Kaufentscheidung von 35 F-35-Kampfflugzeugen als Nachfolgemodell der „Tornado“-Flotte (www.dw.com/de/f-35-tarnkappe-f%C3%BCr-die-bundeswehr/a-61149681), ob von den im Verfügungsbestand der USA befindlichen F-35A-Kampfflugzeugen im Jahr 2021 nur etwa 50 Prozent tatsächlich einsatzbereit waren (im Zeitraum 2014 bis 2021 lag der Schnitt bei dem F-35 bei weniger als 40 Prozent), wobei laut US-Rechnungshof das F-35 zuletzt 826 Mängel gehabt haben soll, davon vier kritische Mängel (dpa vom 23. Juni 2022), und wie viele im aktuellen Verfügungsbestand der Bundeswehr befindlichen Kampfflugzeuge (Tornado, Eurofighter) sind tatsächlich einsatzbereit (bitte entsprechend getrennt die absoluten und prozentualen Angaben aufführen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

36. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung bisher ergriffen, um den im Koalitionsvertrag der regierungstragenden Parteien SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP angekündigten „fairen Wettbewerb mit fairen Preisen im Lebensmittelmarkt“ zu verwirklichen, und inwiefern beabsichtigt die Bundesregierung, in diesem Zusammenhang die rechtliche Stellung der Landwirtinnen und Landwirte gegenüber dem Lebensmitteleinzelhandel zu verbessern, um das in diesem Verhältnis möglicherweise bestehende strukturelle Ungleichgewicht auszugleichen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

37. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.)
- Um welchen Betrag müsste die Beitragsbemessungsgrenze für die gesetzliche Krankenversicherung angehoben werden, um damit ein Mehraufkommen von rund 5 Mrd. Euro zu generieren, wie es der Bundesminister für Gesundheit Dr. Karl Lauterbach mit der Anhebung der Zusatzbeiträge vorsieht (www.rnd.de/politik/berichte-lauterbach-will-zusatzbeitrag-fuer-krankenversicherung-erhoehen-CFWXR57KHFFRLK2T2U7REQN6ZU.html)?
38. Abgeordneter
Ates Gürpınar
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung zu einer Presseberichten zufolge nicht durchgeführten Studie zur Wirksamkeit des Medikaments BC007 gegen ME/CFS an der Uniklinik Erlangen (www.berliner-zeitung.de/gesundheit-oekologie/chaos-rund-um-studie-fuer-mecfs-krankte-kein-medikament-von-berliner-firma-li.240695), die parallel zu einer Studie zur Wirksamkeit desselben Medikaments gegen Long-COVID hätte stattfinden sollen, welche von der Bundesregierung finanziert wird (www.fau.de/2021/09/news/wissenschaft/65-millionen-euro-vom-bmbf-fuer-long-covid-forschung), und hat die Bundesregierung versucht, Gespräche mit den Beteiligten zu führen, damit ggf. beide Studien durchgeführt werden können?
39. Abgeordneter
Ates Gürpınar
(DIE LINKE.)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob die Zahl der ME/CFS-Erkrankten in Deutschland gestiegen ist (zum Beispiel infolge von Long-COVID), nachdem das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) sie im Juni 2021 auf 300.000 bis 400.000 schätzte (www.iqwig.de/download/n21-01_me-cfs-aktueller-kenntnisstand_berichtsplan_v1-0.pdf, Seite 1), und wenn ja, von wie vielen Betroffenen geht die Bundesregierung mittlerweile aus?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Digitales und Verkehr**

40. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, dass die Lufthansa trotz eines Rettungspakets der Bundesregierung im Umfang von 9 Mrd. Euro (www.tagesschau.de/wirtschaft/lufthansa-rettungspaket-regierung-101.html) tausende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entließ (www.fnp.de/frankfurt/lufthansa-flughafen-frankfurt-stellenabbau-deutsche-bahn-db-corona-pilot-stewardess-zugbegleiter-ice-zr-90206187.html) und dies jetzt zu Personalengpässen führt?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz**

41. Abgeordnete
Caren Lay
(DIE LINKE.)
- Rechtfertigt die Verordnung (EU) Nr. 1143/2014, nach Auffassung der Bundesregierung, die „intensive Bejagung“ von Waschbären, wie sie z. B. im Ostalbkreis praktiziert wird (www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/ulm/im-ostalbkreis-werden-immer-mehr-waschbaeren-erlegt-100.html), oder plant die Bundesregierung, sich bei der anstehenden Novelle der „Unionsliste“ invasiver Arten für eine Streichung des Waschbären von der Liste der invasiven Arten einzusetzen (bitte begründen)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

42. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung, neben den gemeinsam mit anderen G7-Staaten auf dem G7-Gipfel zugesagten 4,5 Mrd. Euro, weitere Mittel für die Bekämpfung der aktuellen Nahrungsmittelkrise weltweit zur Verfügung zu stellen (www.sueddeutsche.de/politik/g7-gipfel-liveblog-abschlusserklaerungen-1.5607732)?

